

# Hannes Hellmann

Ratsherr der Landeshauptstadt Hannover (CDU-Fraktion)

Mitglied des Fraktionsvorstands

Vorsitzender des Ausschusses für Arbeitsmarkt, Wirtschaft, Liegenschaften

Bezirksratsherr und stv. Fraktionsvorsitzender im Stadtbezirk Kirchrode/Bemerode/Wülferode

## Offener Brief zum Projekt Boehringer

Liebe Kirchröderinnen und Kirchröder,

täglich erreichen mich Anrufe, E-Mails und Briefe zu dem Thema, das Kirchrode derzeit bewegt wie kein zweites. Und täglich treffe ich Anlieger – Wähler, Bekannte und Freunde –, die mit Sorge auf dieses Projekt reagieren. Aber auch sehr viele Einwohner ebendieses – unseres – Stadtteils und Bürger aus dem Rest der Stadt, die in den Boehringer-Plänen eine Riesen-Chance für den Wirtschafts- und Wissenschaftsstandort Hannover sehen.

Letzteres gilt nach meinem Eindruck ja auch für den größten Teil derer, die das Projekt jedoch lieber an einem anderen Ort realisiert sähen. Dass ein Familienunternehmen in Deutschland 40 Millionen Euro investieren möchte, scheint in Zeiten von „Heuschrecken“ und Arbeitsplatzverlagerung in Billiglohnländer allgemeine Anerkennung zu finden – aber eben nicht „vor unserer Haustür“.

Die von mir mitformulierte Position der CDU Kirchrode – kein „Freibrief“ für Boehringer, aber ein „Ja, wenn ...“ finden Sie im Internet unter [www.cdu-kirchrode.de](http://www.cdu-kirchrode.de).

Mich bewegen im Zusammenhang mit den schwersten Entscheidungen, die ich in meiner fast 27-jährigen kommunalpolitischen Tätigkeit zu treffen hatte bzw. habe, vor allem zwei grundsätzliche Fragen, die ich immer wieder zu hören bekomme:

- 1. Ist es demokratisch, etwas zu beschließen, das „die Bürger“ nicht wollen?**
- 2. Woher nimmt die Politik die Fachkenntnis, so etwas zu beschließen?**

Aus der subjektiven Sicht der Betroffenen ist es nur logisch und – siehe Frage 1 – demokratisch, wenn die Politik ihre fundamentale Ablehnung übernimmt, ihre – absolut legitimen – Eigeninteressen in politische Beschlüsse umsetzt. Objektiv wird aber wohl (fast) jeder bestätigen, dass Politik, dass Demokratie so nicht funktionieren kann.

Allein in Kirchrode haben wir z. B. neben Boehringer derzeit zwei Initiativen, die sich gegen bauliche Projekte richten (Wohnbebauung im Bereich des ehemaligen Forsthauses am Tiergarten, Betreutes Wohnen in der Kronsberger Straße) – und deren Beteiligte ebenfalls von der Politik erwarten, dass diese sich ihrer grundsätzlichen Ablehnung anschließt.

Kurz: Es gibt in Deutschland kaum noch ein Bauvorhaben, gegen das sich kein Widerstand regt. Und je enger man den Radius um ein Projekt zieht, desto mehr nähert sich die Ablehnung der 100-Prozent-Quote. Wenn es demokratisch ist, dass die Politik dies ohne Blick auf das Interesse der Allgemeinheit jeweils nachvollzieht, bedeutet dies den absoluten Stillstand unserer Gesellschaft.

Berlageweg 7 A • 30559 Hannover  
Telefon d. 0511/5247804 • mobil 0160/96712454  
Telefon p. 0511/521022 • Fax p. 0511/1685411133  
E-Mail: [Hannes.Hellmann@Hannover-Rat.de](mailto:Hannes.Hellmann@Hannover-Rat.de)

# *Hannes Hellmann*

*Ratsherr der Landeshauptstadt Hannover (CDU-Fraktion)*

*Mitglied des Fraktionsvorstands*

*Vorsitzender des Ausschusses für Arbeitsmarkt, Wirtschaft, Liegenschaften*

*Bezirksratsherr und stv. Fraktionsvorsitzender im Stadtbezirk Kirchrode/Bemerode/Wülferode*

Leider geht es also nicht ohne Beschlüsse, die von einem Teil der Bürger als unpopulär, ja gegen ihre Interessen gerichtet, empfunden werden. – Manchmal von eben den Wählern, die einen sonst zu unpopulären Entscheidungen geradezu auffordern, wenn diese denn dem Gesamtinteresse dienen.

Zur zweiten Frage – woher ehrenamtliche Politiker die Fachkenntnis für Beschlüsse à la Boehringer nehmen:

Wer selbst kein Wissenschaftler der entsprechenden Fachrichtung ist, sollte sich nach meiner Überzeugung überhaupt nicht anmaßen, ein Urteil über Gefährdungspotenziale und andere inhaltliche Details der Planung zu fällen. Unsere Aufgabe ist die politische und nicht die fachliche Entscheidung. Letztere können nur die hierfür zuständigen und kompetenten Genehmigungs- bzw. Aufsichtsbehörden treffen. Und da ist es gut zu wissen, dass wir in einem Land leben, dessen einschlägige Vorschriften zu den strengsten der Welt gehören!

Unsere endgültige Entscheidung werden meine Fraktionskollegen aus Rat und Bezirksrat daher wie ich nur auf Basis der fundierten Beurteilungen und Auflagen durch Fachbehörden wie die Gewerbeaufsicht fällen. – Und auf Basis dessen, was im Dialog zwischen Boehringer und den Anliegern bzw. der Bürgerinitiative an akzeptanzerhöhenden Optimierungen gegenüber der bisherigen Planung erreicht werden kann.

Ein Beispiel, wie so etwas funktionieren kann, haben die Anlieger der geplanten Anlage für Betreutes Wohnen in der Kronsberger Straße geliefert: Zwar haben sie keine politische Rückendeckung für ihre fundamentale Ablehnung finden können, sehr wohl aber im Dialog mit dem Investor und den Bezirksratsfraktionen die zweifache Überplanung des Projekts erreicht, dass sich nun erheblich gefälliger in sein Umfeld integrieren wird.

Zu diesem Dialog gibt die Vorgezogene Bürgerbeteiligung, die auch ich im Bezirksrat mit beschlossen habe und im Rat mit beschließen werde, Gelegenheit. Nutzen Sie sie bitte!

Mit freundlichen Grüßen

Ihr Hannes Hellmann